Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationalismus in Osteuropa: Gefahr oder Hoffnung?

In der westlichen Meinung weckt der osteuropäische Nationalismus — wobei «ost» hier auch Süd- und Mitteleuropa umfasst — böse Erinnerungen an zerstörerische Kriege, die, auch wenn sie nicht ausschliesslich den lokalen Nationalismen anzulasten sind, doch deren Folge waren. Der osteuropäische Nationalismus, das ist vor allem die Unfähigkeit der kleinen Nationen dieser Region, einander zu akzeptieren; wenn es nicht die Weigerung ist, auf dem gleichen Territorium zusammenzuleben, dann ist es der endlose Disput über die Festlegung der Grenzen, welche infolgedessen niemals definitiv sind.

«Das Elend der kleinen osteuropäischen Staaten», um mit István Bibó [1] zu sprechen, «hat sogar einen Namen: die ‹Balkanisierung›.» Abgesehen von einer geographischen Tatsache, der gegenüber alle machtlos sind — die extreme Komplexität der ethnischen Karte dieses Teils von Europa —, bezieht sich dieser Ausdruck auf die ärgerliche Tendenz der betreffenden Nationen, sich in einen Partikularismus zu verbohren, der die Realitäten ausser acht lässt.

Ende der Selbstbestimmung

Die Niederlage Hitler-Deutschlands und die Tatsache, dass die Sowjetunion die dominierende Macht Mittel- und Osteuropas geworden ist, haben die Grundlagen des osteuropäischen Nationalismus vollständig verändert. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass 1945 für die Nationen dieser Region eine Klammer geschlossen wurde, welche die Geschichte im 19. Jahrhundert geöffnet hatte, nämlich diejenige der Selbstbestimmung. Mit der Einsetzung kommunistischer Regierungen waren die osteuropäischen Staaten — auch wenn sich ihre Staatsstrukturen weiterhin von derjenigen der UdSSR (natürlich mit Ausnahme der baltischen Staaten) unterschieden — nicht mehr selbständig Handelnde, nicht einmal mehr im eingeschränkten Sinne von Sekundärmächten. Einzig Jugoslawien gelang es, dieses Schicksal abzuwenden, indem sich seine Führer weigerten, obwohl sie Kommunisten waren, sich der Stalinschen Oberherrschaft zu fügen (zur jugoslawischen Staatskrise siehe Viktor Meier im Januarheft 1988). Dies beweist übrigens, dass die Einsetzung kommunistischer Regimes zwar die Satellisierung ermöglichte, aber nicht ausreichende Voraussetzung war. Immerhin haben die in das internationale kommunistische System gezwungenen osteuropäischen Länder die Kontrolle über ihre Geschichte verloren, die sich mit derjenigen der sowjetischen Welt vereint hat. Nicht etwa, dass seit 1945 oder 1948 diese Nationen keine eigene Geschichte mehr hätten. Sie haben aber nicht «die Kontrolle über ihre Geschichte». Ihnen fehlt nicht nur die Macht, selbständige Initiativen zu ergreifen, wenn sie es für angebracht

halten, sondern es ist ihnen auch untersagt, sich autonom *auszudrücken.* Dies beraubt sie dann auch des Grundrechts, gegebenenfalls Klage zu führen. Niemals konnte ein Satellitenstaat auch nur den geringsten Protest einlegen gegen die Erpressungen, deren sich die Soldaten der Roten Armee (oft auch in Übertretung der erhaltenen Befehle) schuldig machten. Nicht einmal vierzig Jahre später kann selbst im bescheidenen Rahmen einer literarischen Zeitschrift die Rede davon sein, die Opfer zu beklagen.

Neue Grenzen

Das Jahr 1945 stellt jedoch noch in ganz anderer Hinsicht einen Bruch in der Geschichte der osteuropäischen Staaten dar. Sicher entsprach es dem Lauf der Dinge, dass nach den kriegerischen Umstürzen andere politische Kräfte die osteuropäische Bühne betreten würden als jene, welche sie vor oder während des Krieges beherrscht hatten. Die unter den Auspizien Stalins zuerst im Namen der «Demokratie», dann in jenem des «Sozialismus» vorgenommene Reorganisation bewirkte jedoch die systematische Ausschaltung — wenn nicht gar physische Vernichtung — politischer Gruppen und repräsentativer Persönlichkeiten der betroffenen Nationen. Einzig Finnland ist, unter einigen Opfern, dieser Gleichschaltung entgangen. War es dank der Entschlossenheit seiner Führer oder weil es über Trümpfe und Ressourcen verfügte, die andere Länder nicht hatten?

Unter diesen Umständen in bezug auf die Geschichte der osteuropäischen Nationen von «Kontinuität» zu sprechen, ist irreführend. Was nach dem Bruch von 1945—1948 aus der Vergangenheit herausragen kann, sind nur vage Reminiszenzen, Identifikationsgesten, die gekünstelt wirken (General Jaruselsky vor den Mikrophonen am 13. Dezember!).

Die Grenzen ... Auf den ersten Blick haben die Nachkriegsabkommen (Jalta, Potsdam), welche für die Ex-Alliierten Deutschlands durch die Pariser Verträge von 1947 sanktioniert worden waren, die Grenzen von 1937 — zumindest teilweise — wiederhergestellt. Indem die Eroberungen und die Neuschöpfungen (Slowakei, Kroatien) Nazideutschlands rückgängig gemacht wurden, haben diese Abkommen und Verträge im wesentlichen — mit Ausnahme des Baltikums — die Staaten von vor 1938 wiederhergestellt.

Genau betrachtet hat allerdings keiner der mittel- und osteuropäischen Staaten exakt seine Grenzen von 1937 wiedererlangt. Einzig die Balkanstaaten wurden vollständig retabliert, da und dort sogar leicht zu ihren Gunsten, alle andern mussten mehr oder weniger bedeutende Gebiete an die UdSSR oder an einen andern Nachbarn abtreten. Sogar die Tschechoslowakei als getreue Alliierte Stalins sah sich um eine östliche Provinz (Karpatorussland) erleichtert. Polen, dem im Osten weite, historisch gesehen zu seinem Land gehörende Gebiete amputiert wurden, entschädigte man im Westen mit den von Deutschen bewohnten Gebieten Schlesien und Pommern. Finnland und Rumänien mussten ihre Beteiligung am Krieg mit der Abtretung von Karelien bzw. Bessarabien an die UdSSR bezahlen. Ungarn wurden zwar seine Grenzen von 1937 wieder zuerkannt, doch bedeutete dies die Rückkehr zu Grenzen, die von Ungarn als absolut widerrechtlich[2] bezeichnet

wurden, abgesehen von einigen kleineren Berichtigungen, die 1947 zu Gunsten der Tschechoslowakei erfolgten. Sieht man von den Balkanländern ab, blieb also nur Ungarn übrig, das durch die Nachkriegsabkommen in die Ausgangslage zurückversetzt wurde, ferner Österreich — zur Enttäuschung Jugoslawiens, das 1945 hoffte, einige vorwiegend slowenisch bevölkerte Städte und Dörfer im Südosten Österreichs an sich zu reissen.

Vertreibungen

Eine andere Nachkriegserscheinung ist die Bevölkerungsumsiedlung. Um 1945 wurden mehrere Millionen Deutsche aus Ost- und Südosteuropa vertrieben. Ganze Provinzen sollten von ihrer angestammten deutschen Bevölkerung entleert und von den Überresten der jahrhundertealten Präsenz in Polen und der Tschechoslowakei befreit werden. Das gleiche galt für Ostpreussen, das der UdSSR einverleibt wurde, mit dem Unterschied, dass die Bewohner dieses Landesteils — sofern sie dort geblieben waren — in den Osten umgesiedelt wurden. Auch Jugoslawien hat keine Skrupel, die seit Jahrhunderten in seinem Land eingerichteten deutschen Kolonien auszumerzen. Das Ausweisungsfieber ergriff schliesslich die einstigen Alliierten Deutschlands: Ungarn und Rumänien, die ihren neuen antifaschistischen Eifer dazu verwendeten, um ganze von Deutschen bewohnte Dörfer in Deportationswagen zu verladen, nachdem sie ihnen vorher ihr wertvollstes Besitztum abgenommen hatten.

Hitler hatte einen erbarmungslosen Krieg ausgelöst, um Europa zu kolonisieren und es von den Juden zu säubern. In einem gewissen Mass ist es ihm gelungen; was die Judenausrottung in Osteuropa anbelangt, waren seine Erfolge durchschlagend: zwei bis drei tausend Juden blieben in einer Region, die vor 1939 deren fünf bis sechs Millionen zählte. Dafür fügte dieser Krieg dem deutschen Einfluss und der deutschen ethnischen Präsenz in Osteuropa gewaltige Verluste zu: es blieben etwa eine halbe Million Deutsche übrig, wo vor dem Krieg zehn bis zwölf Millionen gelebt hatten[3].

Ein weiteres Novum: kein Friedensvertrag hat die neuen Grenzen im Osten je bestätigt, welche die drei Grossen für Deutschland gezogen hatten (und folglich nicht, was zur Westgrenze Polens geworden ist). Die sowjetischen Annexionen — mit Ausnahme der auf Kosten Finnlands und Rumäniens erfolgten — haben ebenfalls, zumindest bis zum KSZE-Abkommen von Helsinki, keine internationale Ratifizierung erfahren. Nun wurden zwar seit 1945 — von den Freundschaftsverträgen bis zu den uni-, bi- und multilateralen Erklärungen — viele Texte mit zwischenstaatlicher Geltung erstellt, um diese Lücke auszufüllen[4]. Es scheint jedoch, dass, wenn Europa seit dem Krieg eine grosse Stabilität seiner Grenzen gekannt hat, dies weniger wegen der den Vereinbarungen von 1945 zuerkannten Legitimität, als vielmehr infolge des durch das Gleichgewicht des Schreckens sanktionierten Kräfteverhältnisses geschah.

Was waren die Auswirkungen von vier Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft auf die Nationalgefühle der Osteuropäer? Darf man annehmen, dass das Misstrauen und die Feindschaften sich gemildert haben, sowohl durch den Generationenwechsel als auch infolge der Erfahrung einer

Schicksalsgemeinschaft? Ist unter den durch die Sowjetisierung geschaffenen Bedingungen noch ein «Nationalismus» (wie immer er definiert werde) möglich?

Volksnationalismus — Apparatenationalismus

Zwischen zwei Typen von Nationalismus ist zu unterscheiden: derjenige, der sich an das Vaterland richtet, an die Ethnie, an die Traditionen, und demjenigen, der die Ausübung der Macht begleitet, sei dies nun in seinen Beziehungen zur Gesellschaft oder im zwischenstaatlichen Bereich. Um den osteuropäischen Rahmen zu berücksichtigen, werden wir diesen zweiten Typ «Apparate-Nationalismus» nennen. Natürlich beeinflussen sich diese beiden Nationalismen gegenseitig und können auch Berührungspunkte haben. Im allgemeinen zeichnen sie sich jedoch durch verschiedenartige, wenn nicht gegensätzliche Empfindungen aus. Sie haben seit 1945 eine unterschiedliche Geschichte.

Eine zweite Unterscheidung besteht darin, dass sich die Staaten dieser Region in zwei Kategorien einteilen: jene der früheren Verbündeten der UdSSR und jene ihrer früheren Feinde, wobei die erste Polen, die Tschechoslowakei und natürlich Jugoslawien, und die zweite Ungarn, Rumänien, Bulgarien und vor allem Ostdeutschland umfasst. Sowohl vom Standpunkt des «volkstümlichen» als auch von jenem des «Apparate-Nationalismus» aus ist die Situation dieser Länder, je nach Zugehörigkeit zur ersten oder zur zweiten Gruppe, verschieden.

Präziser ausgedrückt: die Situation dieser beiden Ländergruppen war zu Beginn unterschiedlich, das hat sich mit der Zeit gemildert. Es gibt aber auch Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Gruppen: offensichtlich hat sich Stalin mehr auf die Tschechoslowakei als auf Polen verlassen, während unter den Ex-Feinden Bulgarien, als nichtkriegführendes und einziges slawisches Land dieser Kategorie, besser behandelt wurde als die drei anderen. Zuunterst auf der Skala befand sich die DDR.

Für den volkstümlichen Nationalismus war die Ausgangslage bestenfalls der Zustand halber Satisfaktion (Fall Tschechoslowakei) oder der Frustration (Fall Polen), aber ganz allgemein war es die Demütigung. Der neue Herrscher, der — mit Ausnahme der Tschechoslowakei[5] — als Besatzungsmacht ebenso präsent war, verbot den unterworfenen Nationen ganz einfach, in den ihnen vertrauten Kategorien wie Religionstreue, Nation und ethnische Substanz als höchste Werte, Regionalpatriotismus, Misstrauen gegenüber den Nachbarn und dem Ausland, Individualismus usw. zu denken. Die Rote Armee brachte das neue Evangelium des Sowjetkollektivismus und lud alle Nationen der Region — Sieger wie Besiegte — ein, sich in Richtung auf den «Sozialismus» zu bewegen.

Ersatzpatriotismus

Zum Volksgebrauch hat das kommunistische Regime so ziemlich überall — mit Ausnahme der DDR — eine Art Ersatzpatriotismus konzipiert, sorgsam von jeglichem Antisowjetismus gereinigt und ausschliesslich aus progressistischen Werten bestehend. (Die Ostdeutschen wurden auf eine reiner und härter internationalistische Ideologie

festgelegt.) Antideutsch und prorussisch eroberte dieser offizielle Patriotismus einen Teil der Intelligentzija und ist nicht ohne populäres Echo geblieben. Da er jedoch die schmerzlichsten Probleme und die vitalsten Bedürfnisse seiner Nation verschwieg, mangelte es ihm an Glaubwürdigkeit. Alle Volksaufstände Osteuropas, von 1953 bis 1981, haben die nationale Unechtheit der amtierenden Regierung angeprangert.

Bei den kommunistischen Apparaten wurde der patriotische Diskurs stets für das genommen, was er war. Jedermann hatte verstanden, dass der Kommunismus seinem Wesen nach internationalistisch war und dass die Äusserungen eines militanten Kommunisten nicht durch «strikt nationale» Überlegungen eingeschränkt werden sollten. Im Jargon der Bewegung war es der Begriff des «bürgerlichen Nationalismus», der den Irrtum bezeichnete, also jede Stellungnahme, welche das nationale Interesse über die «Interessen des internationalen Kampfes» stellt. Zum Leidwesen der osteuropäischen Kommunisten koinzidierten letztere immer mit der Politik des Sowjetstaates und mit den von seinen Vertretern formulierten Ansprüchen. Vor dem Tod Stalins wagten nur die jugoslawischen Kommunisten, nein zu sagen, aber sie haben in Osteuropa keine Nachahmer gefunden. Genauer: die ungarischen, tschechischen und polnischen Kommunisten, die 1956 oder 1968 versucht waren, dem jugoslawischen Beispiel zu folgen, hatten nicht die Möglichkeit dazu.

Divergenzen

Mit dem Tod Stalins und den innerhalb des Führungsgremiums der Nachfolger zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten hat jedoch ein neues Kapitel angefangen. Die osteuropäischen Führer, die nach wie vor regelmässig nach Moskau zitiert wurden, haben die Entdeckung gemacht, dass ihre sowjetischen Chefs weder einig noch unfehlbar waren. Während 15 Jahren nach dem Tode Stalins kamen alle Führungsequipen der osteuropäischen kommunistischen Parteien früher oder später mit Moskau in Konflikt: die Ostdeutschen, die Tschechen und die Bulgaren schon 1953 wegen der Entstalinisierung (die ihnen missfiel), die Polen und die Ungarn 1956, die Rumänen zu Beginn der sechziger Jahre wegen der wirtschaftlichen Leitsätze, die sie als den «rumänischen Interessen» abträglich erachteten. Und 1968 schliesslich wiederum — und diesmal dramatisch — die Tschechen und Slowaken. Dieser Katalog lässt das Spezifische dieser Konflikte beiseite. Einige waren die Folge einer tiefen sozialen (oder nationalen) Krise, andere waren nur der Ausdruck jener Renitenz, die Menschen an den Tag legen, die sich geschädigt oder in ihren Positionen bedroht fühlen. Aber alle haben dazu beigetragen, die Betroffenen davon zu überzeugen, dass ihre Interessen nicht immer und in allem mit der von Moskau diktierten Linie übereinstimmten.

In diesem Lernprozess ist entstanden, was ich den «Apparate-Nationalismus» nenne. In seiner breiten Bedeutung ist dieser nichts anderes als die Berücksichtigung der spezifischen Interessen, die sich einer an der Macht stehenden Equipe aufdrängen und die sie gegebenenfalls zu anderen Regierungen — seien sie nun sozialistisch oder nicht — in Gegensatz bringen können —, auch zu den Führungs-

instanzen von Moskau. In der Praxis kann dieser kalte Nationalismus affektiv aufgeladen werden, so dass er einem Patriotismus oder einer Volksstimmung gleichkommt, die diesmal echt sind. (Das bis zur Demenz aufgereizte «Rumänentum» Ceausescus gehört dazu.)

Der «Apparate-Nationalismus» kann schliesslich begrenztere Anwendungsgebiete in Form eines Ethnismus finden (Rassismus, wenn man so will), der gegen innen gerichtet ist. Die 1968 erfolgte Ausschaltung der Kader jüdischer Herkunft aus dem polnischen Apparat oder die seit den letzten zehn Jahren befolgte antiungarische Politik der Regierenden Rumäniens sind Beispiele für diese Mentalität. Nicht alle Apparate sind ethno-chauvinistisch, aber die meisten sind es nach und nach geworden, weil sie keine andere Befriedigung anzubieten hatten als einen überhitzten Nationalismus.

In diesem Punkt — und nur in diesem — kann es Konvergenzen zwischen den beiden Nationalismen, dem populären und dem «Apparate-Nationalismus», geben. In den andern Punkten ist die Übereinstimmung entweder unmöglich oder erkünstelt. Unmöglich ist sie in der Frage der Beziehungen mit der UdSSR: keine der Machthaber (in Ost-Berlin, Prag, Budapest...) hat den Willen oder auch die Fähigkeit, den Gehorsamsvertrag, der ihn an Moskau bindet, zu brechen. Gekünstelt ist sie, wenn es darum geht, zur Tradition Stellung zu nehmen.

Ein Trugbild

In Ermangelung einer *echten* Übereinstimmung ist die Entsatellisierung der Länder dieser Region eine Fata Morgana. Sie wäre es, selbst wenn es da und dort zwischen Führern und Geführten eine Übereinstimmung über die Wiedergewinnung einer grösseren nationalen Unabhängigkeit gäbe. Denn um Erfolg zu haben, verlangt ein solcher Plan nicht nur Geschlossenheit, d.h. praktische Einstimmigkeit an der Regierungsspitze, sondern auch die Fähigkeit, sie solange zu verbergen, bis man in der Lage ist, zu handeln. Bei den potentiellen Rebellen setzt eine solche Absicht zudem eine solide Verankerung im Volk voraus, um sie zu befähigen, sich auf einen Konflikt mit Moskau einzulassen.

Diese drei Bedingungen sind gegenwärtig bei keiner der drei Führungsequipen Osteuropas erfüllt. Die osteuropäischen Führer machen sich Illusionen über das Schicksal, das sie zu gewärtigen hätten, wenn sie bei der Entsatellisierung auf frischer Tat ertappt würden.

Das heisst nun nicht, dass das Verhältnis der öffentlichen oder intellektuellen Meinung zur Tradition durchwegs erstarrt ist. Mit Ausnahme Rumäniens, das im Griff einer Ideologie steckt, wie sie König Ubu erdacht haben könnte, erlebt man in ganz Osteuropa einen geistigen Emanzipationsprozess, der darin besteht, dass die Gesellschaft ihre nationale Vergangenheit zurückerobert.

In der «normalisierten» Tschechoslowakei wurde dieser Prozess durch die «Dissidenz» eingeleitet. In jenen Ländern, wo die offizielle Kultur toleranter ist (Ungarn, Polen), erfolgt die Rückeroberung über die institutionellen Kanäle: Schrifttum, Forschung an den Universitäten, Literatur, Kino. Man könnte sagen, dass nie zuvor Geschichte soviele Leidenschaften in der öffentlichen Meinung geweckt hat

wie in den letzten Jahren. Ist es der Beginn einer politischen Renaissance oder der Ausdruck einer Flucht (und einer Ohnmacht)? Beschäftigt man sich mit der Vergangenheit, weil man daran gehindert wird, auf die Gegenwart einzuwirken?

Die zweite Vermutung scheint eher zuzutreffen als die erste und gilt sogar für Polen oder, genauer: gerade für dieses Land nach dessen traumatisierender Erfahrung von 1981. In den Ländern jener Region hat niemand die harte Lektion von 1956, von 1968, von 1981 vergessen... Niemand, nicht einmal in Oppositionskreisen, denkt daran, dass es Aktionsmöglichkeiten ausserhalb des von Moskau abgesteckten Rahmens gibt. Auf lokaler Ebene könnte vielleicht etwas geschehen, das sich der Kontrolle des Regimes entzieht, jedoch nicht auf Ebene der Institutionen oder der nationalen Politik. Natürlich dürfen wir nichts ausschliessen. Doch im Jahr 1987 gab es — auch unter Gorbatschew — nicht das geringste Anzeichen, dass Moskau daran denkt, seine Herrschaft über Osteuropa in Frage stellen zu lassen.

Seit Titos Ausbruch haben die osteuropäischen Führer nie mehr mit dem Gedanken gespielt, sich unabhängig von Moskau — geschweige denn gegen Moskau — miteinander zu verbünden. Was die «Völker» betrifft — die kennen einander schlecht und sind durch keine gemeinsame Kultur miteinander verbunden (es sei denn durch den offiziellen Marxismus-Leninismus). Jedes hat die Tendenz, sich den andern überlegen zu fühlen, und sie betrachten einander mit einem Misstrauen, das leicht dazu führt, den Nachbarn zum Sündenbock des jeweiligen Unglücks zu machen. Für den typischen Osteuropäer kommt der Bürger eines Bruderlandes, der als Tourist sein Land besucht, nur um «seinen Laden» auszurauben. Nur kritische Intellektuelle distanzieren sich von diesem Chauvinismus — dem Chauvinismus des Schwachen —, den sie zu Recht als ein Hindernis auf dem Weg zu einem gemeinsamen Bewusstsein erkennen.[6]

Keine Solidarität

Diese Feststellungen ermöglichen, auf die eingangs gestellte Frage zu antworten: Der osteuropäische Nationalismus — Gefahr oder Hoffnung?

Er ist weder das eine noch das andere. Die Aggressivität, die er in sich birgt, ist zur Ohnmacht verurteilt, denn die Grenzen sind unverrückbar, und die osteuropäischen Regierungen haben keine Handhabe, um gegen Nachbarn vorzugehen, selbst wenn sie Anlass dazu hätten (wie beispielsweise die Ungarn, die um ihre Genossen in Siebenbürgen sehr besorgt sind[7]). Solange der Nationalismus keinen Plan hat, keinen politischen Ausdruck und keine regionale Solidarität, ist er auch nicht Träger einer Hoffnung; vielmehr träumt er der Vergangenheit nach.

Kann dies anders sein in einer Region, der die harten geopolitischen Realitäten seit vierzig und mehr Jahren die Mittel zu einer autonomen Politik verweigern?

Eine letzte Frage: Hätten die Regierungen Westeuropas — besonders jene Frankreichs und Englands — überhaupt Sympathie für eine grössere Autonomie der osteuropäischen Staaten? Wünschten sie eine Selbständigkeit für diese Staaten, die sie zu einem Wiederaufflammen ihrer alten Streitigkeiten veranlassen könnten? Zweifel ist am Platz. Seit vierzig Jahren wurden

zwar viele Reden zugunsten der Freiheit der osteuropäischen Länder gehalten, es gab sogar symbolische Gesten, die des Wertes nicht entbehrten (John Kennedy, De Gaulle, Europäisches Parlament...) — aber auf die Worte folgte nie eine entsprechende praktische Tat. Kein Verantwortlicher des Westens denkt ernsthaft daran, «auf Jalta» zurückzukommen, d.h. auf die vom Krieg zurückgelassene und von den Sowjets zwischen 1945 und 1956 konsolidierte Situation. Obwohl sie die Übermacht der Sowjetunion und den Charakter von dessen Herrschaft bedauern, sind sie der Auffassung, dass der Dämmerzustand Osteuropas, d.h. die Ausschaltung seiner explosiven Kräfte, auch seine guten Seiten hat. Jedenfalls verhalten sie sich so, als ob sie es dächten. Wenn die Auflockerung des gegenwärtigen Zustandes zu dem führte, was man in der Diplomatensprache Unordnung nennt, so gingen die Präferenzen der westlichen Regierungen in Richtung des *Status quo.*

Pierre Kende

[1] Von István Bibó, diesem bedeutenden ungarischen politischen Philosophen, sind soeben vier seiner besten Essays in einem Band, betitelt: «Misères des petits Etats d'Europe de l'Est» (Paris 1986, Ed. l'Harmattan), erschienen. Man findet dort eine meisterhafte Darstellung der ungarischen, polnischen und tschechischen Schwächen, eine Studie über die Missverständnisse zwischen Juden und Ungarn und schliesslich eine historische Reflexion über die Ursachen des deutschen Wahnsinns. — [2] Ungarn hatte sich 1918 von der österreichisch-ungarischen Monarchie infolge einer demokratischen Revolution, auf welche die Kommune Béla Kuns folgte, losgelöst. Die Versailler Verträge von 1920 haben Ungarn zwei Drittel seines historischen Territoriums zugunsten der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens abgenommen. Mehr als drei Millionen Ungarn (ein Viertel des magyarischen Volkes) sind in den diesen drei Ländern zugeteilten Provinzen verblieben. Ungarn konnte nicht mit einer derart brutalen Zerstückelung fertigwerden, die oft nicht einmal durch ethnische Erwägungen zu rechtfertigen war. — [3] Man zählte um 1930 in den betreffenden Ländern (baltische Staaten nicht inbegriffen) gegen sieben Millionen Deutsche. Aber diese Zahl berücksichtigt die Bevölkerung jener deutschen Gebiete nicht, die bei Ausgang des Krieges entweder der UdSSR oder Polen zugewiesen wurden. Anderseits schätzt man die Zahl der Flüchtlinge, die aus dem Osten ausgewiesen und nach 1945 von den beiden Deutschland aufgenommen wurden, auf zehn Millionen. — [4] Zu beachten ist, dass die USA niemals, auch nicht in Helsinki, bereit waren, die Annektierung der baltischen Staaten durch die UdSSR als endgültig zu betrachten. Dies ist aber das einzige Element des *Status quo,* das Gegenstand einer — wenn auch latenten — Unstimmigkeit zwischen den beiden Grossmächten bildet. — [5] Die Sowjettruppen haben die Tschechoslowakei Ende 1945 geräumt und sind erst im August 1968 zurückgekehrt. Seither gehört auch die Tschechoslowakei zu den besetzten Ländern. Dagegen gibt es gegenwärtig keine sowjetischen Truppen in Rumänien und Bulgarien. — [6] Weit davon entfernt, im kleinen Volk die Sympathie zu wecken, hat der Kampf der Polen 1980/81 eher Bitterkeit erzeugt und dazu beigetragen, das von der offiziellen Propaganda stark hervorgehobene Bild zu verbreiten, dass die Polen verantwortungslose Nichtstuer usw. sind. — [7] Zwei Millionen Ungarn leben in Rumänien, besonders in der Provinz Transsylvanien, das vor 1918 zur ungarischen Krone gehörte. Sie bilden etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Rumäniens. Nach dem letzten Weltkrieg wurden sie während einiger Jahre gut behandelt, aber seit etwa zehn bis fünfzehn Jahren werden sie immer mehr zur verfolgten Minderheit. Im übrigen teilen sie das unglückliche Schicksal des rumänischen Volkes.

Ägyptens Rückkehr als arabische Vormacht

Bereits im Januar unternahm der ägyptische Präsident Mubarak eine Staatsvisite in sechs Mitgliedstaaten des arabischen Golf-Kooperationsrates: Saudi-Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Qatar, Bahrain und Oman, die er in der heiligen Stadt Mekka abschloss. Während des Jahrzehnts 1978—1987 haben drei Gipfeltreffen arabischer Staatschefs stattgefunden, zu deren Tagesordnungspunkten die Beziehungen der arabischen Staaten zu Ägypten in widersprüchlicher Weise im Mittelpunkt standen.

Im November 1978 haben arabische Staatschefs in Bagdad den in Camp David zwischen dem amerikanischen Präsidenten Carter, dem ägyptischen Präsidenten Sadat und dem israelischen Premierminister Begin verhandelten Frieden verurteilt und Ägypten davor gewarnt, den Vertrag zu unterschreiben. Als es dennoch geschah, trafen sich die arabischen Staatschefs noch einmal in Tunis (20.—22. November 1979) und beschlossen, die angekündigten Sanktionen gegen Ägypten zu verhängen. Hierzu gehörte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die Einstellung der Petro-Dollar-Hilfe und insgesamt eine Isolierung Ägyptens.

Vor dem Abschluss des Separatfriedens in Camp David hatte sich unter dem später ermordeten ägyptischen Präsidenten Sadat[1] (Amtszeit 1970—1981) und besonders seit dem Oktober-Krieg 1973 eine ägyptisch-saudische Achse gebildet. Das Bündnis beruhte auf dem Tauschgeschäft: ägyptische Sicherheitsgarantie für Saudi-Arabien als Gegenleistung für saudische Petro-Dollars an Ägypten. Parallel zum Camp-David-Separat-Frieden[2] entfachte sich die «iranische Revolution», die in der Ausrufung der «islamischen Republik» gipfelte. Für Khomeini handelt es sich hierbei um eine «Revolution für Export» vor allem in die benachbarten Golf-Staaten[3]. Saudi-Arabien konnte das Bündnis mit Ägypten, das heisst mit einem Land, das einen Frieden mit Israel abgeschlossen hat, nicht mehr fortsetzen. Der Druck kam seinerzeit vom radikalen arabischen Lager (Syrien, Irak, Libyen, Südjemen) und vor allem vom islamischen Iran, der verbal die «Befreiung Jersusalems vom Zionismus» auf seine Fahnen schrieb. Saudi-Arabien musste sich den Radikalen anschliessen und Ägypten boykottieren. Entscheidend war der Golf-Krieg, der wiederum eine Verschiebung der Allianzen bedingt hat. Als Gegengewicht zu der radikalen Achse (Syrien, Libyen) entstand zunächst seit September 1980 die saudisch-jordanisch-irakische Achse, deren Ziel primär darin besteht, die Auswirkungen der iranischen Revolution auf die Golf-Staaten abzuwehren. Alle drei Staaten stellen jedoch keine Militärmacht dar. Hätte der irakische Präsident Saddam Hussain nicht die entsprechenden Geheimdienstberichte erhalten, denen zufolge sich die iranischen Streitkräfte angesichts der Revolution in einem völlig desolaten Zustand befänden, hätte er die Fehlentscheidung, einen «Präventiv»-Krieg auszulösen, nicht getroffen. Bereits in den ersten Monaten des Golf-Krieges zeigte sich deutlich, dass der Irak den Krieg nicht aus eigenen Kräften fortsetzen kann. Die Iraner wollten und wollen immer noch nicht

den Krieg beenden. Nur Ägypen kann die in dieser Situation benötigte Hilfe bieten. Im Zeitraum 1981—1984 erreichten die durch die Saudis beglichenen Rechnungen der Waffenlieferungen Ägyptens an den Irak eine Höhe von 2,7 Milliarden US-Dollar. Je mehr der Konflikt am Golf eskalierte und je intensiver seine militarisierten Formen wurden, desto lauter wurde der Ruf nach der Rückkehr Ägyptens zum arabischen Lager. Ehe die arabischen Staatschefs sich in diesem Kontext in Amman zu einem arabischen Gipfel versammelten, erfolgte ein iranischer Angriff auf Kuwait. Die britische Zeitung *«Sunday Times»* berichtete daraufhin, dass siebzig ägyptische Piloten zusammen mit anderen ägyptischen Offizieren und Militärexperten nach Kuwait entsandt wurden, um sich der dort befindlichen *«fariq al-difa' al-misri»* (die Kommission der ägyptischen Militärberater) anzuschliessen. Als Gegengabe habe Kuwait — laut dieser Nachricht — Ägypten einen zinslosen Kredit von 20 Milliarden US-Dollar gewährt.

Der Gipfel von Amman

Hatten die arabischen Staatschefs in *Bagdad* im November 1978 und nochmals im November 1979 in *Tunis* hervorgehoben, dass arabische Staaten keine Beziehungen zu einem Mitgliedstaat der Arabischen Liga unterhalten können, das einen Separat-Frieden mit Israel abgeschlossen hat, so ändern sie ihre Meinung etwa zehn Jahre später. Auf dem arabischen Gipfel von Amman (8.—11. November 1987) beschlossen sie zu Tagesordnungspunkt acht (Beziehungen zu Ägypten), dass «die diplomatischen Beziehungen der Mitglieder der Arabischen Liga zu Ägypten einen Gegenstand bilden, der die Souveränität jedes Mitgliedstaates, nicht jedoch die Arabische Liga selbst, betrifft, zu deren Kompetenzen die Erörterung dieser Frage nicht gehört[4]. Erster Tagesordnungspunkt in Amman im November 1987 war nicht wie gewöhnlich der arabisch-israelische Konflikt, sondern der Golf-Krieg und die iranische Bedrohung. In der in Amman verabschiedeten Resolution heisst es: «Dieser irakisch-iranische Krieg ... bedroht heute nicht mehr alleine den Irak, er betrifft heute auch die Bruderstaaten Kuwait und Saudi-Arabien ... und er stellt eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten Region dar.» Die arabischen Staatschefs bekunden ferner «die Ablehnung der iranischen Besetzung arabischen Territoriums ... die vollständige Solidarität mit Irak und den Beistand zu seiner Verteidigungspolitik ...» Im vierten Agenda-Punkt des Ammaner Gipfels ging es wieder um Iran, dessen «Revolutionswächter» den Frieden der islamischen Schreine in Mekka während der Pilgerzeit (August 1987) störten. Der entsprechende Beschluss lautet, dass die arabischen Staatschefs «ihre vollständige Solidarität mit Saudi-Arabien bekunden ... und unterstützen die saudischen Massnahmen für die Sicherstellung angemessener Bedingungen für die Erfüllung und der Verhinderung der Verletzung der islamischen Schreine». Das Bindeglied zwischen der Öffnung des Tors für Ägypten und der in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Bedrohung durch den Iran ist offenkundig.

Ohne Ägypten können sich die sechs arabischen Staaten des Golf-Rates[5] sowie der Irak nicht verteidigen. Die Anrufung amerikanischer Hilfe, die die

Stationierung von Truppen einschliesst, ist deshalb ausgeschlossen, weil Saudi-Arabien und die anderen Golf-Staaten sich dadurch noch verletzlicher gegenüber der iranischen Herausforderung ihrer Legitimität machen würden. Eine ägyptische Hilfe ist in dieser Hinsicht kein Risiko, weil sie zugleich arabisch und islamisch ist. Angesichts der Tatsache, dass sich der zentrale Krisenherd gegenwärtig am Golf befindet, und dass es vorläufig nicht der arabisch-israelische Konflikt ist, stört der ägyptisch-israelische Separat-Frieden wenig. Ägypten kann ohne Preisgabe des Camp-David-Abkommens in das arabische Lager zurückkehren. Alle Golfstaaten, einschliesslich des Iraks, haben inzwischen die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten formell wiederaufgenommen. Jordanien tat dies lange zuvor. Faktisch wurde die Beziehung zu Ägypten nie völlig abgebrochen.

Die Konferenz in Kuwait

Die mit massivem saudischem und kuwaitischem Einsatz bewerkstelligte «Wieder-Einholung» Ägyptens in das arabische Lager wurde bereits im Januar 1987 erfolgreich verfolgt. In jenem Monat durfte Ägypten in die islamische Ländergemeinschaft zurückkehren und an der islamischen Staatenkonferenz in Kuwait teilnehmen. Wie in einem späteren Monat — im September 1987 — der kuwaitische Aussenminister in einer Pressekonferenz enthüllte, erfolgte dies aufgrund einer Petro-Dollar-Zahlung Kuwaits an Syrien, d.h. an den Hauptkontrahenten Ägyptens. Nur so hielt Syrien sein Veto gegen eine ägyptische Teilnahme zurück.

Das Jahr 1987 markiert eine Rückkehr Ägyptens in die arabo-islamische Szene. Die Auswüchse der iranischen Revolution und die Intensivierung des Golf-Krieges beschleunigen diesen Prozess. Die Golf-Staaten fühlen sich durch Khomeinis Iran gefährdet, und sie können sich ohne ägyptische Hilfe nicht schützen. Die 2,5 bis 3 Millionen Ägypter, die im Irak leben, halten den zivilen Sektor des Landes am Leben, damit die Irakis als Soldaten rekrutiert werden können. Über Jordanien als eine logistische Brücke lässt Ägypten dem Irak Waffen- und Ersatzteillieferungen (für sowjetische Waffen, die Ägypten ausrangiert) zukommen, für die Saudi-Arabien finanziell aufkommt. Und nicht zuletzt: Der ägyptische Scheich von *al-Azhar* bescheinigt den Saudis auf der Basis des islamischen Rechts, korrekt gegen die iranischen Unruhestifter in Mekka während der Pilgerzeit (August 1987) vorgegangen zu sein, da Ruhestörung der heiligen islamischen Schreine von Mekka und Medina während der Pilgerzeit eine Handlung gegen den Islam sei. Somit dient die sunnitische Autorität der *al-Azhar*-Universität den Saudis als Rükkendeckung während der Androhungen aus Teheran. In allen arabischen Zeitungen — ausgenommen Syrien, Libyen und Südjemen — wird die Rückkehr Ägyptens zum arabischen Lager der nahöstlichen Region öffentlich gefördert.

Ägyptische Wahlen

Im Jahre 1987 fanden auch die vorgezogenen ägyptischen Parlamentswahlen statt, die eine starke Opposition in den Volksrat (majlis al-scha'b) brachten. Die Partei des Staatspräsi-

denten Mubarak, die Nationaldemokratische Partei (NPD), gewann natürlich die absolute Mehrheit. Die fundamentalistische Allianz von drei Parteien (die Liberalen, die Aktion und die Muslimbrüder) gewann mit der Parole: «Gott ist unsere Intention, der Islam ist unser Ziel, der Koran ist unsere Verfassung» 60 Sitze. Die traditionell-bürgerliche Partei *al Wafd* gehörte auch zu den Gewinnern. Die linke *Tadschamu'-Partei* (die Unionisten) scheiterte an der 8-Prozent-Klausel. Das war die zweite Parlamentswahl Ägyptens seit der Ermordung Sadats. Die erste fand 1984 statt; diese war vorgezogen. Sie diente dem Präsidenten als eine Art Meinungsumfrage, aus der deutlich wurde, dass die islamischen Fundamentalisten im Wachsen sind. Präsident Mubarak versucht, die Opposition, besonders jene der Fundamentalisten, durch eine Integrationspolitik in das System einzubauen. Zwar ist Ägypten keine demokratische Gesellschaft, obwohl es dort Wahlen und ein Mehrparteiensystem gibt. Aber seit der Nasser-Zeit hat es in Ägypten nicht so viele Grundrechte gegeben wie zurzeit unter Mubarak. Selbst Mubarak musste in diesem Jahr neugewählt werden, und ihm wurde am 5. Oktober eine zweite Amtsperiode durch eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen (97%) gewährt. In aller Öffentlichkeit durfte über seine Person diskutiert werden. Seine Anhänger bekundeten ihm in Zeitungsinseraten und in Spruchbändern und auf Plakaten in Kairo und in anderen ägyptischen Städten die *Bay'a* (islamisches Gelöbnis der Treue und Ergebenheit). Das nahm die nicht-fundamentalistische Opposition zum Anlass, um zu beanstanden, dass es sich in Wirklichkeit nicht um eine freie Wahl eines Präsidenten, sondern allein um eine Kundgebung der Ergebenheit, also eine traditionelle *Bay'a* handelt. Seit Nasser und Sadat, die respektiert bzw. gefürchtet wurden, ist Mubarak der erste ägyptische Präsident, der sich der bekannten ägyptischen Phantasie der Witze erfreut. Ohne sich nach links und rechts umzuschauen, um sicherzustellen, dass kein Polizist mithört, erzählen sich Ägypter sarkastische Witze über ihren Präsidenten.

Aussenpolitisch überwindet Ägypten seine seit dem Camp-David-Frieden mit Israel ihm auferlegte Isolierung. Besonders Saudi-Arabien öffnet sich wieder für Ägypten, und die informellen Regierungskontakte nehmen immer mehr zu[6]. Es wird inzwischen auch eine innerarabische Diskussion geführt, deren Gegenstand die Rückkehr Ägyptens in das arabische Lager bildet. Immer noch versuchen Syrien und Libyen mit ihrem Veto einem solchen Schritt im Wege zu stehen. In Amman schlossen sich beide dem Ägypten betreffenden zitierten Beschluss arabischer Staatschefs *nicht* an.

Neue Rüstungspolitik

Jeder aufmerksame Beobachter der politischen Ereignisse in der nahöstlichen Region konnte auch nach dem Abbruch der ägyptisch-saudischen Beziehungen 1979 und somit der Beendigung der entsprechenden Achse (1973—1978) an der Durchführbarkeit einer vollständigen arabischen Isolierung Ägyptens, und vor allem an den Möglichkeiten Saudi-Arabiens und der Golf-Staaten auf die ägyptischen Sicherheitsgarantien zu verzichten, zweifeln. Die Analyse der *Neuorientie-*

rung der ägyptischen Rüstungspolitik nach dem Oktober-Krieg parallel zum Austausch der Patron-Supermacht Sowjetunion durch die USA liefert uns wichtige Anhaltspunkte[7]. Seit 1975 rangiert Ägypten seine sowjetischen Waffensysteme aus und ersetzt sie durch amerikanische Ausrüstung. Ein Teil der sowjetischen Flugzeuge wurde «bastardisiert», d.h. durch nicht-sowjetische Ersatzteile funktionsfähig erhalten. Beispielsweise bekamen die Mig-21-Jäger nun Rolls-Royce-Motoren. Insgesamt jedoch bestand die Neuorientierung der ägyptischen Rüstungspolitik seit 1975 darin, *die ägyptischen Streitkräfte auf den hochmobilen Einsatz in entfernten Gebieten* (z.B. Saudi-Arabien, Äthiopien, Libyen usw.) umzustellen. Das heisst, dass die ägyptische Militärmacht schon vor dem Camp-David-Frieden nicht mehr auf militärische Duelle mit Israel auf einem hoch-technologischen Niveau eingestellt war, wie dies im Oktober-Krieg der Fall war. Einige der Panzerschlachten des Oktober-Krieges übertrafen seinerzeit im Hinblick auf Panzer- und Technologieeinsatz die grossen Schlachten des Zweiten Weltkrieges[8]. In der Fachsprache kann man heute sagen, dass die Truppen der ägyptischen Militärmacht auf *«low-intensity-combats»* und nicht mehr auf *«high-intensity-combats»* trainiert und ausgerüstet worden sind[9]. Mit anderen Worten: *die ägyptischen Truppen sind heute eher auf einen Einsatz im Golf-Krieg als auf einen arabisch-israelischen Front-Krieg eingestellt.*

Kairo-Riad-Achse

Für Saudi-Arabien gibt es sicherheitspolitisch keine andere Option zu der Ägyptens, denn es kann sich nur von einem arabo-islamischen Land schützen lassen, was nur Ägypten leisten kann. Selbst wenn ägyptische Truppen nicht direkt in Saudi-Arabien zum Schutz der Monarchie eingreifen, bietet ihre einfache Existenz als Abschreckungspotential eine Sicherheit für Saudi-Arabien[10]. Ein Experte auf diesem Gebiet, Paul Jabber, hat schon viele Jahre vor der erneuten ägyptisch-saudischen Annäherung die richtige Prognose unmittelbar nach Camp David formuliert: «Die Kairo-Riad-Achse wird vielleicht trotz der zeitbedingten Rückschläge und auch der unvermeidlichen Reibereien im Verlaufe der achtziger Jahre wieder zum Vorschein kommen und als ein Ausgleich schaffendes Gewicht in dem inter-arabischen regionalen System fungieren.»[11]. Der seit 1987 ablaufende Prozess der Rückkehr Ägyptens, dessen Höhepunkt die Beschlüsse des Ammaner Gipfels arabischer Staatschefs darstellen, bezeugte die Richtigkeit dieser frühen Prognose.

Ägypten kehrt als eine militärische Vormacht in das arabische Lager zurück, um — wie manche Kritiker sagen würden — Palastwache für arabische Öl-Monarchien und für die Diktatur Saddam Hussains zu bieten.

Ägypten ist heute kein Entwicklungsmodell, das von legitimitätsstiftenden Idealen untermauert ist, wie dies unter Nasser der Fall war[12]. Ägypten unter Mubarak ist heute ein Land, das um das Überleben kämpfen muss, auf amerikanischen Weizen angewiesen ist und seine Militärmacht zur Erfüllung der Funktion eines Hilfspolizisten offeriert. Ägypten muss wie alle anderen Länder der Region mit der Plage des neofundamentalistischen politischen Islams fertig werden[14]. Dennoch kön-

nen wir abschliessend feststellen, dass man in Ägypten trotz des erstarkenden islamischen Fundamentalismus keine Ansätze einer aufkommenden islamischen Revolution beobachten kann. Die amerikanische Weizenhilfe und die grosszügige Wirtschaftshilfe des Westens an den strategisch wichtigen nahöstlichen Staat sorgen dafür, dass es trotz der Vermehrung der Bevölkerung um eine Million alle acht Monate keinen Hunger gibt. Solange der Westen es ernährt, bleibt dieses Land ein ruhiges und strategisch zentrales Einflussgebiet. Die angekündigte islamische Revolution bleibt aus. Eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist jedoch *nicht* am Horizont zu erblicken[15]. *Unter Nasser gaben sich die Ägypter Illusionen hin, unter Sadat falschen Hoffnungen*[16], *unter Mubarak leben sie jedoch in Perspektivelosigkeit.*

Bassam Tibi

[1] Eine Übersetzung der Denkschrift der Mörder Sadats sowie eine Dokumentierung der unterschiedlichen Reaktionen auf den Sadat-Mord sind enthalten in: Johannes J.G. Jansen, The Neglected Duty. The Creed of Sadat's Assasin and Islamic Resurgence in the Middle East, New York/London 1986. — [2] William Quandt, Camp David. Peacemaking and Politics, Washington, D.C. 1986, vgl. auch Anm. 12 unten. — [3] B. Tibi, «The Iranian Revolution and the Arabs», in: *Arab Studies Quarterly* (USA), Bd. 8 (1986), S. 29—44. — [4] Der vollständige arabische Text der Ammaner Resolution des arabischen Gipfels (8.—11. November 1987) ist enthalten in *al-Muntada* (Amman), Heft 27/1987, S. 11—15, wonach mit einer eigenen Übersetzung zitiert wird. — [5] Die sicherheitspolitische Funktion des Golfrates betont Ursula Braun, Der Kooperationsrat arabischer Staaten am Golf, Baden-Baden 1986, S. 57ff. — [6] Aufschlussreiche Informationen hierüber bietet der Kairoer, vom *al-Ahram Center for Political and Strategic Studies* herausgegebene Jahresbericht: *al-taqrir al-istratigi al-'Arabi* (Der arabische strategische Bericht) für 1985, Kairo 1986, S. 365ff. und für 1986, Kairo 1987, S. 446ff. — [7] Lewis Snyder, «Egyptian Foreign Policymaking», in: R.D. Mc Laurin u.a., Middle East Foreign Policy, New York 1983, hierzu S. 64ff. — [8] Frank Aker, October 1973. The Arab Israeli War, Hamden/Connecticut 1985, worin er eine exzellente militärische Analyse jenes Krieges liefert. — [9] Snyder, loc. cit., S. 65. — [10] Paul Jabber, «Oil, Arms, and Regional Diplomacy: Strategic Dimensions of the Saudi-Egyptian Relationship», in: M. Kerr/S. Yassin (eds.), Rich and Poor States in the Middle East. Egypt and the New Arab Order, Boulder/Colorado 1982, S. 415ff., hier S. 438. — [11] Ibid., S. 445. — [12] Vgl. B. Tibi, «Ägypten und seine arabische Umwelt», in: *Beiträge zur Konfliktforschung,* Bd. 12 (1982), H. 4, S. 33—60. — [13] Gudrun Krämer, Ägypten unter Mubarak, Baden-Baden 1986. — [14] Zum Islam in Ägypten vgl. das entsprechende Kapitel in B. Tibi, Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels, Frankfurt am Main 1985, S. 173—186. — [15] Eine bemerkenswerte deutsche Arbeit hierüber liefert Peter Pawelka, Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten, Heidelberg 1985. — [16] Vgl. John Waterbury, The Egypt of Nasser and Sadat, Princeton, N.J. 1983.

Die Ökumene der Historiker

Der bekannte und verdienstvolle westdeutsche Historiker Karl Friedrich Erdmann[1] hat es unternommen, in einem umfangreichen Buch die Geschichte der Internationalen Historiker-Kongresse und des Comité International des Sciences Historiques zu schreiben. Selber seit Jahrzehnten aktiver Teilnehmer an diesen internationalen Veranstaltungen und 1980 Präsident des Kongresses von Bukarest besitzt er genauen Einblick in die vielschichtige Zusammensetzung dieser komplizierten Organisation und kann aus eigener Erfahrung, aus den gedruckten Kongressberichten, aus Verbandsarchiven, privaten Nachlässen und Erinnerungsschriften schöpfen. Auf breitem und solidem Fundament baut er seine spannende Darstellung auf. Sie ist viel mehr als nur eine Konferenzgeschichte, sondern weitet sich aus zu einer Geschichte der historischen Wissenschaften sowie ihrer Methoden im 19. und 20. Jahrhundert. Da der grosse Gegenstand nicht theoretisch-lehrbuchhaft, sondern anschaulich-praktisch anhand der stürmischen Entwicklung mit ihren Vorstössen und Rückschlägen, mit ihrer Auseinandersetzung zwischen hervorragenden Gelehrten behandelt wird, ist die Darstellung ungemein bewegt und farbig. Sie beginnt mit dem 1898 im neutralen Haag abgehaltenen Kongress und führt über eine Reihe in fast regelmässigen Abständen stattgefundener internationaler Zusammenkünfte bis zum jüngsten Kongress von 1985 in Stuttgart.

Am Sinn und Zweck geisteswissenschaftlicher Kongresse ist oft gezweifelt worden. Man fragt sich, ob denn die Wissenschaft durch institutionalisiertes Miteinanderreden auf internationalem Forum wirklich gefördert werde, ob sie nicht nur das Chaos im Gesamtzustand der Wissenschaft widerspiegle. In den Naturwissenschaften scheint der Erfolg derartiger Veranstaltungen evidenter. So wurden zum Beispiel auf den internationalen Chirurgenkongressen fast jedes Jahr sensationelle Erfindungen in den Operationsmethoden vorgeführt, diskutiert und dann zum Wohl der Menschheit weltweit nachgeahmt. Seit aber die internationalen Wissenschaftskongresse — typische Kinder des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts — sich in neuester Zeit zu wahren Mammuttreffen ausgewachsen haben, ist die Gefahr des aneinander Vorbeiredens, der Beziehungslosigkeit unter den disparaten Strömungen gewachsen und eine Concordia discors Wunschbild geblieben. Der Franzose Henri Berr warnte schon 1923: *«Ein Kongress . . . sollte nicht die Vorstellung einer Art von intellektuellem Markt hervorrufen, auf dem jeder frei seine Ware anbieten kann.»* Eine grosse Verantwortung liegt bei den Organisatoren der Kongresse; diese müssen zweckmässig angelegt und straff durchgeführt werden. Man hat aus den Fehlern der Vorgänger gelernt und ist durch unermüdliches Experimentieren zu neuen, sinnvollen Strukturierungen gelangt. Trotzdem: Sind internationale Kongresse nach wie vor «ein nicht wegzudenkendes Element einer lebendigen Wissenschaft?»

Gegenüber schon früh vorwaltender Skepsis hat Adolf Harnack 1928 den Nutzen internationaler Historikerkongresse verteidigt: *«Die Wissenschaft . . . würde freilich auch ohne Kongresse*

international bleiben, aber sie würde, wenn sie auf sie verzichtete, auf ein zweckmässiges Hilfsmittel verzichten, welches die Zeit ihr an die Hand gibt. Zweckmässig ist dieses Mittel aber vor allem deshalb, weil es dem gelehrten Ausdruck in Druckschriften und Briefen das lebendige Wort und den persönlichen Verkehr hinzufügt ... Wenn sie (die Wissenschaft) die Entfernten persönlich einander näher bringt, führt sie auch die Verbrüderung der zivilisierten Nationen um einen Grad der Wirklichkeit näher.»

Dieser Optimismus hat mehrfach grosse Einbussen erlitten, in den Zeiten des Ersten und Zweiten Weltkriegs unseres Jahrhunderts. Erdmann schildert jeweils bei der Behandlung der einzelnen Kongresse — und das ist ein weiterer Vorzug seines Werkes — den politischen und stimmungsmässigen Hintergrund, vor dem sich das internationale Treffen abspielt; so auch für das Jahr 1938, da der Kongress zum ersten Mal in der Schweiz, in Zürich, stattfand. Da der Schreibende dem Organisationskomitee unter dem Vorsitz des Zürchers Hans Nabholz angehörte und den Verhandlungen in allen ihren Phasen beiwohnte, sei hier näher darauf eingegangen. Man hatte die neutrale Schweiz als Tagungsort gewählt, um in der erhitzten Vorkriegsstimmung hier ruhiger diskutieren zu können. Wir bemühten uns, die internationale Zusammenkunft zu einer Gelegenheit erspriesslicher fachwissenschaftlicher Aussprache werden zu lassen.

Dieses Ziel ist nur zum geringen Teil erreicht worden. Wohl glaubte Nabholz, mit seiner zur Versöhnung mahnenden Eröffnungsrede in der Zürcher Peterskirche den Grund zu fruchtbarer Zusammenarbeit gelegt zu haben. Er redete vom brüderlichen Zusammenleben der Völker: «Heute ist die Einsicht allgemein, dass dieser Prozess der Befriedung auch auf die internationalen Beziehungen ausgedehnt werden sollte, zum Heile der Menschheit». Es war in den Wind gesprochen. Wohl gaben wir uns alle erdenkliche Mühe, die feindlichen Brüder zusammenzubringen. Mir fiel auf, wie wenig die Historiker der beiden nationalen Lager miteinander verkehrten, wie frostig sie einander gegenüberstanden. Wenn die Franzosen zu einer gesellschaftlichen Veranstaltung einluden, erschienen weder Deutsche noch Italiener, und wenn die Vertreter der Achsenmächte Gastgeber waren, wartete man vergeblich auf die Vertreter der Westmächte. Als ich bei einer schweizerischen Einladung zwischen dem mir bekannten Franzosen Renouvin und dem mir ebenfalls bekannten Österreicher Ritter Heinrich v. Srbik sass und die beiden einander vorstellen wollte, entschuldigte sich der eine, er könne leider nicht deutsch sprechen, und der andere entzog sich mit der Ausrede, er verstehe leider zu wenig Französisch (der Biograph des fast ausschliesslich französisch schreibenden Metternich!). Was hatte es denn für einen Sinn, zu einer internationalen Tagung zusammenzukommen, wenn man nicht miteinander reden wollte? Die Statuten des Comité International des Sciences Historiques führten doch als Verbandszweck an: *«Travailler au développement des sciences historiques en procédant par voie de coopération internationale».* In die gewitterschwüle Luft zuckte der Blitz von Mussolinis Dekret gegen die Juden, worauf ein grosser Teil der italienischen Delegation heimreiste.

In meiner Erinnerung ist haftengeblieben, welche Spannung den Saal erfüllte, als Karl Meyer über die

geschichtlichen Voraussetzungen des schweizerischen Sprachenfriedens einen Vortrag hielt und wie erregt man seine Ausführungen in privaten Gesprächen diskutierte. Wir empfanden Meyers Darlegungen als eine Verteidigung schweizerischer demokratischer Staatlichkeit gegen die gleichmacherischen Totalitätsideen, mit denen uns Nazideutschland überschwemmte. Von befreundeter deutscher Seite wurde uns vertraulich der Rücken gestärkt. Ernst Gagliardi raunte mir zu: *«Das hat Meyer den Deutschen deutlich gesagt, bloss zu roh, wie ein Urner Bär».* Nach dem Ersten Weltkrieg gelang es Nabholz, mit Hilfe seiner freundschaftlichen Beziehungen zu vielen ausländischen Historikern wie Kehr, Brandi, Fawtier, Temperley, die er sich durch seine Uneigennützigkeit und Hilfsbereitschaft erworben hatte, die abgerissenen Fäden zu verknüpfen und gegen heftigen Widerstand 1952 eine deutsche Delegation an den internationalen Kongress nach Paris zu bringen.

Das Fehlen sowjetischer Historiker am Zürcher Kongress wurde diesem als Realitätsmangel angekreidet; dadurch sei die in Oslo begonnene und in Warschau fortgesetzte wechselseitige Herausforderung zwischen bürgerlicher und sowjet-marxisitischer Geschichtswissenschaft schädlich unterbrochen worden, und deshalb habe dem an sich braven Zürcher Kongress der eigentliche Pfiff gefehlt. Hinterher bedauerte man, dass aus konferenzpolitischen Gründen die Geschichte nach 1914 ausgeklammert worden war. Der Belgier François-Louis Ganshof hatte den Beschluss begründet: *«Man muss wie die Pest alles vermeiden, was auch nur von ferne an eine nationalistische Kundgebung oder an einen Akt politischer oder sozialer Propaganda erinnern könnte».* Dennoch blieb ein Unbehagen. Erdmann bemerkt grundsätzlich hiezu, und wir schliessen uns seiner Ansicht an: *«Schliesslich ist seit Thukydides die Zeitgeschichte das Lebenselement, aus dem die Historie immer wieder ihre ursprünglichen Impulse geschöpft hat und in dem sich zeigt, was sie taugt.»* Erdmanns Vermutungen über die Gründe der Abwesenheit sowjetrussischer Historiker teilen wir, fragen uns aber, ob der Hauptgrund nicht in dem gestörten Verhältnis der Sowjetregierung zum schweizerischen Bundesrat lag. Die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren seit 1923 abgebrochen und normalisierten sich erst 1946. Im Jahr 1938 wirkten immer noch die Ermordung des russischen Diplomaten Worowski in Lausanne und der heftige, demonstrative Widerstand der Schweiz gegen den Eintritt Sowjetrusslands in den Völkerbund nach. Stalin, auf der Höhe seiner Macht mit seinen gewalttätigen Säuberungsaktionen beschäftigt, wies jeden Annäherungsversuch der Schweiz schroff zurück und hätte eine Teilnahme sowjetischer Historiker in der Schweiz nicht geduldet. Was für eine Stimmung gerade zur Zeit der Zürcher Tagung bei den Sowjets herrschte, können wir einer Antwort des Sekretärs der russischen Akademie auf eine Einladung zur Mitarbeit an der internationalen historischen Bibliographie entnehmen: *«Als wir die Listen des Jahres 1936 überprüften, bemerkten wir, dass sowjetrussischen Historikern zugemutet wird, darin Seite an Seite aufgeführt zu werden mit dem Namen nicht eines Historikers, sondern einer kriminellen Person, des Faschisten Trotzki, der verächtlich und hassenswert geworden ist.»* Dieses Gewitter legte sich; auf dem Kongress von 1955 in Rom waren

Historiker aus der Sowjetunion sowie aus den volksdemokratischen Staaten Osteuropas anwesend und haben recht kräftig in die Diskussionen eingegriffen. Der in der Politik seit dem Tode Stalins vorrangige Begriff der friedlichen Koexistenz dehnte sich auch auf den ideologischen Kampf aus.

Die Diskussionen über die grossen allgemeinen Themen, die im Zentrum der früheren und späteren Kongresse lagen, werden von Erdmann behutsam nachgezeichnet und verständnisvoll interpretiert: die sich ständig erneuernde Frage, was der eigentliche Gegenstand der Geschichte sei und worin deren wissenschaftlicher Charakter bestehe (Henri Pirennes extreme Position: *«Il est puéril de soutenir que l'histoire est une science»*), der Methodenstreit, der schon mit der Antrittsvorlesung vor hundert Jahren 1888 begann und heute besonders heftig weitertobt, die Unterschiede zwischen «bürgerlicher» und «marxistischer» Geschichtsauffassung, über Evolution und Revolution, über Natur- und Geschichtswissenschaft, über die Herausforderung des Historikerkreises um die Zeitschrift «Annales», über Strukturgeschichte und traditionelle Geschichte, über politische und Sozialgeschichte und viele offene Fragen mehr. Wenn man das gesamte Themenfeld überblickt, ersieht man, dass sich die Kongresse ungefähr mit allen Problemen der Historie beschäftigten, dass es sich im Grunde immer wieder um das Selbstverständnis der Geschichte gehandelt hat.

In all diesen wechselnden, so vielfältigen historischen Landschaften erweist sich Erdmann als kundiger, überlegener Führer. Gegenüber allen Hindernissen und Schwierigkeiten bewahrt er sich seinen Glauben an den Sinn internationaler Kongresse. Das offenbart sich schon im wohlüberlegten Titel seines monumentalen Werkes «Ökumene der Historiker». Er entspricht, wie Erdmann selber ausführt, einer in Umrissen sich entwickelnden Realität und bezeichnet, wie auch die Dinge sich entwickeln werden, jedenfalls eine Chance für den wissenschaftlichen Diskurs zwischen Ost und West, zwischen dem Marxistischen und dem «Neuen» Historismus. Es mag vielen ursprünglichen Zweiflern bei der Lektüre des anziehenden Buches ergehen wie dem Rezensenten: Er hat sie als Skeptiker begonnen und als ein zum Optimismus Erdmanns Bekehrter abgeschlossen.

Edgar Bonjour

[1] Karl Friedrich Erdmann: Die Ökumene der Historiker; Göttingen 1987.